

Wo bleibt die Fürsprache in den Medien für die Nichtwähler und Wahlverweigerer?

„Man hört so viel von unseren Pflichten als Staatsbürger, daß ich auf den Gedanken kam, zur Abwechslung einmal unsere Rechte hervorzuheben. Während des Krieges erklärte Präsident Roosevelt vier Grundrechte, >die vier Freiheiten<, zum Kriegsziel. Einige, wie etwa das Befreitsein von Mangel, sollten vielleicht besser als Wohltaten denn als Freiheiten bezeichnet werden. Doch gibt es andere, von denen weniger gesprochen wird, obgleich sie für die Demokratie besonders charakteristisch sind.

Ein solches Recht ist das Recht, keine Stellung beziehen zu müssen. Totalitäre Regierungen erkennen so etwas nicht an. Sie zwingen nicht nur einen jeden, zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen; sie zwingen ihn auch dazu, in Streitfragen auf der richtigen Seite zu stehen. ...

Dann gibt es noch eine weitere wichtige Freiheit – die Freiheit der Opposition. Sich dieser Freiheit zu erinnern, ist um so wichtiger, als wir die Neigung haben, zu glauben, daß sich Demokratie in der Herrschaft des Volkes ausdrückt.

Doch eine Regierung durch das Volk kann ebensogut autoritär wie demokratisch sein, was die Volksdemokratien des Ostens ja deutlich bewiesen haben. ...

Die wahre Bedeutung des Begriffs Demokratie jedoch liegt nicht in der Regierung, sondern in der Freiheit, gegen die Regierung zu opponieren, in der Freiheit zur Opposition also. Und es ist ganz gleichgültig, ob die Regierung von wenigen oder vom Volke ausgeübt wird, ein demokratischer Bürger darf gegen alle opponieren.“ ...“

So Leopold Kohr, amerikanischer Professor für Ökonomie österreichischer Herkunft in: Weniger Staat – Gegen die Übergriffe der Obrigkeit, 1965, S. 47 ff.

Wer also viel von der Wahlpflicht redet, ist schon gedanklich auf dem Weg zum Wahlzwang. Ist er dort angelangt, braucht er keine Sozialwissenschaftler mehr engagieren, die für das richtige Wahlergebnis sorgen, das macht dann die geheime Staatspolizei.

Für die Wahlenthaltung gibt es viele Gründe. Sie sind - von Kohr abgeleitet – demokratisch gesehen alle legitim. Wer aber die Nase davon voll hat, immer nur das kleine Übel wählen zu können und erkennt, daß eine Wahlbeteiligung in jedem Fall zu

einem Ergebnis führt, daß den eigenen Intentionen widerspricht, der hat logischer Weise – wenn er sich nicht selbst verraten will – die Pflicht nicht wählen zu gehen.

Auf diesem Hintergrund habe ich in den zusammenfassenden Thesen meines Textes „Die Bundestagswahl 2005“ geschrieben:

„Es gibt bei dieser Wahl keine Wahl des wirklichen Fortschrittes, weil es keinen Fortschritt in der Erörterung der gesellschaftlichen Grundlagen gegeben hat. Was bei uns als Reformen verkauft wird, ist in der Regel nur Flickschusterei, die nicht einmal gegen politischen Nieselregen schützt. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft wird missbraucht zur Verteidigung von Kapitalinteressen und der Ideologie, daß das zentralverwaltungs-wirtschaftliche soziale Sicherungssystem etwas mit Solidarität zu tun habe. In einer solchen Situation soll man sich nicht von der Propaganda von der Wahlpflicht beeindrucken lassen. Die Wahl führt hier nur zur Legitimation von politischem Unverstand.“

Ich wünsche mir, daß dieser Aspekt des Themas „Wahl“ in Zukunft in den Sendungen und der Berichterstattung mehr berücksichtigt wird.

Der Hinweis der Kartellparteien, daß eine geringe Wahlbeteiligung erfahrungsgemäß die Extremparteien stärke, entspringt deren egoistischen Vorteilsdenken und nicht staatspolitischen Überlegungen. Ein möglicher Erfolg von Extremparteien zeigt die Leistungsschwäche der Parteien der Mitte an.

Wir klemmen doch auch nicht das Thermometer fest, wenn uns die Temperatur nicht gefällt.

Tristan Abromeit
Ex-Mitglied der FDP / Gründungsmitglied der GRÜNEN

E-Mail: Abromeit@T-Online.de

Die Bundestagswahl 2005

Mit einer neuen Runde des Parteienkartells
um Machtanteile in der Deutschland AG
näher an den gesellschaftlichen Abgrund

siehe unter:
www.tristan-abromeit.de
unter
Aktuelles